

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 11. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 25. Mai 2005  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.15 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Dr. Ivo Corvini, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Roman Meury  
Heinz Giger  
Paul Schüpbach  
Arnold Julier  
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:  
Entschuldigt: Hanspeter Frey  
Lucius Cueni  
Peter von Arx

Abwesend: Stevie Brügger

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 19.04.2005 betreffend  
Schlussabrechnung Verpflichtungskredit "Friedhofserweiterung"  
und Bewilligung eines Nachtragskredites Geschäft 3102 B
2. Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 04.05.2005  
zur Anfrage der Geschäftsprüfungskommission  
betr. Konto 740-501.04 = ‚Vorplatz Friedhofkapelle, Gemeinschaftsgrab‘  
aus der Investitionsrechnung 2004 Geschäft 3601
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 28.04.2005 betreffend  
Überschreitung des Verpflichtungskredites "Friedhofserweiterung" Geschäft 3102 C

- |  |               |
|--|---------------|
| 4. Bericht des Gemeinderates vom 06.04.2005 betreffend Inventarisierung der Objekte im Heimatmuseum  | Geschäft 3588 |
| 5. Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, vom 19.01.2005 betreffend "Geringfügige Entgelte aus Nebenerwerb, Art. 8 <sup>bis</sup> AHV/IV" | Geschäft 3586 |
| 6. Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Wasserbecken im Friedhofareal                            | Geschäft 3550 |

Nach der Pause:  
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

---

### **Der Protokollführer**

.....

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 11 vom 25.05.2005**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Dr. Ivo Corvini

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, erinnert in kurzen Worten an die am 15.05.2005 verstorbene Claudia Piatti, Einwohnerrätin von 01.07.2000 bis 31.03.2005. Er spricht den Hinterbliebenen im Namen des Einwohnerrates das Beileid aus (Die Anwesenden erheben sich zum Gedenken).

Der neue Gemeinderat **Heinz Giger**, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, wird durch den Präsidenten zu seiner ersten Einwohnerratssitzung begrüsst.

## **Traktandenliste**

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, stellt den Antrag, dass das Traktandum 7, Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Hochwasserschutz im Mühlitäl, Geschäft 3552, von der Traktandenliste abgesetzt wird. Er begründet seinen Antrag damit, dass dieses Geschäft mit der Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Hochwasserschutz Dorf (Geschäft 3554) gemeinsam behandelt werden solle, da es sich um die gleiche Thematik handle.

://:

Das Traktandum 7, Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betreffend Hochwasserschutz im Mühlitäl, Geschäft 3552, wird mit grossem Mehr von der Traktandenliste abgesetzt.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, gibt bekannt, dass unter den Fraktionspräsidenten Einigkeit bestehe, zu den ersten drei Traktanden eine gemeinsame Eintretensdebatte zu führen. Da die drei Traktanden thematisch miteinander verknüpft seien, mache es Sinn, hierüber auch gemeinsame Stellungnahmen abzugeben. Es gehe darum, dass man alle drei Geschäfte gemeinsam zur Detailberatung überweisen könne.

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, erklärt sich einverstanden, dass die Redner sich in einem Eintretensvotum zu allen drei Geschäften äussern. Die Abstimmung über das EINTRETEN müsse jedoch zu allen drei Geschäften separat erfolgen.

## **Neue parlamentarische Vorstösse**

Eingegangen sind zwei **Motionen** von Josua Studer, SVP-Fraktion:

Geschäft 3603, Motion betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj/RO

Geschäft 3604, Motion betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Pfullendorf/D

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, begründet seine Motionen wie folgt:

Er habe sich zu diesen Vorstössen verleiten lassen, da die Diskussion um die Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Aufhebung der Partnerschaft mit Blaj, sehr viele Diskussionen ausgelöst habe und ausserdem sehr viele Gegenargumente eingebracht worden seien. Mit den vorliegenden zwei Motionen möchte man die Gegenargumente entkräften.

Eingegangen ist weiter eine **Interpellation** der Geschäftsprüfungskommission betreffend Umsetzung des Friedhofskonzeptes (Geschäft 3606)

## **Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder**

**Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, hat mit Schreiben vom 19.05.2005 seinen sofortigen Rücktritt erklärt.

Gemeinderat **Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, hat mit Schreiben vom 11.05.2005 seinen Rücktritt per 30.06.2005 bekannt gegeben.

**1. Bericht des Gemeinderates vom 19.04.2005 betreffend  
Schlussabrechnung Verpflichtungskredit "Friedhofserweiterung"  
und Bewilligung eines Nachtragskredites Geschäft 3102 B**

---

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, vertritt dieses Geschäft.

Das vorliegende Geschäft sei für Allschwil von besonderer Bedeutung. Nicht nur die finanzielle Dimension oder die Tatsache, dass die Geschäftsprüfungskommission sich damit habe beschäftigen müssen sei aussergewöhnlich, so Dr. Anton Lauber, sondern auch in Bezug auf die politischen und persönlichen Konsequenzen. Gemeinderat Paul Schüpbach habe seinen Rücktritt erklärt. Dies sei ein Novum in der Gemeinde. Der Gemeinderat Allschwil trete Paul Schüpbach mit grossen Respekt für seine Entscheid gegenüber. Aufgrund der Sachlage und auch im Hinblick auf die zukünftige Arbeit sei dieser Entscheid aber wohl unvermeidbar gewesen. Der Gesamtgemeinderat erachte diesen Schritt von Paul Schüpbach als sehr konsequent; gleichzeitig bedankt sich Dr. Anton Lauber bei Paul Schüpbach für seine Mitarbeit im Gemeinderat.

Der Gemeinderatspräsident erinnert daran, dass die Arbeit eines Gemeinderates sehr umfangreich sei. Die Arbeit im Departement Tiefbau/Umwelt umfasse wesentlich mehr, als nur das Geschäft "Friedhofserweiterung". Es gehe um Chemiemüll, Hochwasserschutz, Südumfahrung, Erschliessung neuer Baugebiete (z.B. Ziegelei-Areal), etc. Das Departement Tiefbau/Umwelt sei natürlich seit der Amtsübernahme von Dr. Anton Lauber, dem 01.07.2004, im Zentrum seiner präsidialen Arbeit gestanden. Es sei darum gegangen, sich schnellstmöglich einen Überblick zu verschaffen und die geeigneten Massnahmen zu ergreifen. Er stellt fest, dass Paul Schüpbach *kein* Chaos im Departement hinterlasse. Laufende Projekte seien überprüft worden. Die Rechnung 2004 habe man bereits im September 2004 einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Die nun vorliegende Rechnung 2004 halte keine weiteren Überraschungen versteckt.

An erster Stelle dankt er der Geschäftsprüfungskommission, insbesondere Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit. Es sei eine faire und fruchtbare Zusammenarbeit gewesen. Ziele der vorliegenden Berichte seien gewesen: Standortbestimmung im Departement und in der Gemeinde insgesamt, Erarbeitung der Grundlagen für die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission, Einleiten von Sofortmassnahmen, Reorganisation der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt.

Es seien Fehler begangen worden. So zum Beispiel der ungenügend detaillierte Bericht 1999 zur Kreditvorlage. Dieses sei heute sicher nicht mehr möglich. Der Projektwechsel sei ebenfalls ein kritischer Punkt in der Kostenentwicklung gewesen. Allerdings seien Projektwechsel grundsätzlich *nicht unüblich*. Retrospektiv müsse man aber einsehen, dass zum Zeitpunkt des Projektwechsels eine erneute Einwohnerratsvorlage besser gewesen wäre. Weiter seien CHF 200'000.-- als Tranche in das Budget aufgenommen worden. Es habe sich aus heutiger Sicht gezeigt, dass diese Variante für den Einwohnerrat irreführend gewesen sei. Ein Investitionskredit könne nur mit einem Nachtragskredit aufgestockt werden, nicht über das Budget. Gleichzeitig habe sich gezeigt, dass der Budgetprozess im Gemeinderat wesentlich gestrafft werden müsse. Man habe das Budget 2005 überprüft und keine grösseren Abweichungen feststellen können. Der Budgetprozess sei mittlerweile bereits gestrafft worden. Weiter habe sich auch gezeigt, dass das Controlling des Departements und das Controlling des Gesamtgemeinderates auseinandergelassen werden müsse. Das Projektcontrolling sei klar im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Departements und damit des zuständigen Hauptabteilungsleiters und des Departementvorstehers. Man habe feststellen können, dass die Controllinginstrumente zwar vorhanden sind, diese beim Friedhofprojekt aber nicht oder nicht genügend angewendet worden seien. Wichtig sei auch die Feststellung, dass die Trennung zwischen der Sachbearbeiterebene und der politischen Ebene nicht strikte eingehalten werden könne oder solle. Es sei wichtig, dass sich auch der politische Vertreter mit der sachlichen Ebene auseinandersetze. Mittlerweile reagiere man auf die kleinsten Warnzeichen sehr sensitiv. Auch personelle Faktoren seien zu berücksichtigen. Es gehe nicht nur um Controllingprozesse und Abläufe, es gehe auch um personelle Faktoren, welche letztlich

zu der bestehenden Situation geführt hätten. Die vom Gemeinderat getroffenen Massnahmen seien z. B. ein gestrafftes Controllingsystem auf der Ebene "Gemeinderat". Hier sei vor allem das sogenannte "Kostencontrolling" zu nennen. Es gebe nun sehr differenzierte Formulare und Nachweise zur Einhaltung der Kostenvorgaben. Neu habe man nun auch zwei Zwischenabschlüsse, Mitte Jahr und im September, eingeführt. Die Erläuterungen des Rechnungsabschlusses habe man noch weiter detailliert. Neu seien nun auch Investitions- und Verpflichtungskredite und deren Ablauf detailliert aufgeführt. Wichtig sei der Blick in die Zukunft. Es gebe nun eine Sammlung der verbindlichen Erlasse und Weisungen zu sämtlichen Abläufen und Verantwortlichkeiten innerhalb des Budgetprozesses und Kostencontrollings. Eine Schulung der Hauptabteilungsleiter habe bereits stattgefunden. Man werde mit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission diesbezüglich noch Rücksprache nehmen. Weiter habe es vor allem personelle Konsequenzen gegeben. Der ehemalige Hauptabteilungsleiter Kurt Mangold sei ersetzt worden. Ausserdem habe man für das grosse Gebiet "Ziegelei", welches zur Zeit überbaut werde, mit Urs Wiedmer einen externen Fachmann zur Betreuung dieses Projekts gewinnen können. Somit könne sich der neue Hauptabteilungsleiter ganz auf die übrigen laufenden Geschäfte konzentrieren und in die Abteilung einarbeiten. Künftig sollen Personalunionen zwischen Haupt- und Abteilungsleitung vermieden werden. Eine neues Organigramm sei erarbeitet worden. Die Rückstufung von Kurt Mangold sei, entgegen der häufig geäusserten Ansicht in der Bevölkerung, kein Bauernopfer gewesen. Zur politischen Konsequenz sei zu sagen, dass der Gesamtgemeinderat als Kollegialbehörde nie zum Ziel hatte, die politische Schuldfrage zu stellen. Es sei immer nur um eine sachliche Aufarbeitung der Fakten gegangen. Die Aufarbeitung der politischen Verantwortung sei ganz klar Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission. Kurt Mangold arbeite nun in einer Stabsstelle. Nach längerer Krankheit werde er bald wieder zu 100% tätig sein können. An dieser Stabsstelle befasse er sich mit der Planung, habe aber keine Finanz- oder Abschlusskompetenzen. Kurt Mangold sei auch nicht nur wegen der "Friedhofsaffaire" zurückgestuft worden. Es habe sich aber gezeigt, dass Kurt Mangold dem wachsenden Druck der Verhandlungspartner in der Vergangenheit nicht mehr gewachsen war. Man habe sich gemeinsam mit Kurt Mangold für eine sozial-verträgliche Lösung entschieden. Er sei in dieser ganzen Phase auch immer anwaltlich vertreten gewesen.

Die politische Aufarbeitung lege er im Namen des Gesamtgemeinderates hiermit in die Hände der Geschäftsprüfungskommission und des Einwohnerrates.

Die Vorlage führt akribisch genau auf, was passiert sei, welche Beschlüsse wann gefasst worden seien und wie sich die Situation so habe entwickeln können. Hierzu sei nicht mehr viel zu sagen. Abschliessend bittet er um die Zustimmung zur Vorlage und zum Nachtragskredit.

#### EINTRETENSDEBATTE

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, hält fest, dass man trotz der nun klaren Sachlage, der zum Teil schon überholten Anträge und den detaillierten Berichten der Geschäftsprüfungskommission und des Gemeinderates nicht auf eine Kommentierung der beiden Berichte verzichten sollte. Deshalb erkläre er namens seiner Fraktion EINTRETEN und melde sich dann zur Diskussion wieder.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass man von der Offenheit und der detaillierten Berichterstattung zur Kostenüberschreitung sehr beeindruckt gewesen sei. Die Fraktion anerkenne mit sehr grossem Respekt die persönliche Konsequenz des Rücktritts von Paul Schüpbach. An dieser Stelle danke man Paul Schüpbach auch für seine unbestritten grossen Verdienste für die Gemeinde, zu denken sei hier zum Beispiel an die Verkehrsproblematik. Gespannt sei seine Fraktion darauf, wie sich die eingeleiteten Massnahmen bewähren werden. Seine Fraktion sei für EINTRETEN auf die Geschäfte.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, erklärt für seine Fraktion EINTRETEN.

**Basil Kröppli**, SVP-Fraktion, erklärt ebenfalls EINTRETEN namens seiner Fraktion.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, erklärt für die SD-Fraktion EINTRETEN.

EINTRETEN unbestritten.

## DETAILBERATUNG

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, legt das Vorgehen dahingehend fest, dass man die Geschäfte kapitelweise berät.

Seite 4 Projekt Friedhofserweiterung

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, nimmt Stellung zum ganzen Geschäft. Die FDP-Fraktion danke dem Gemeinderat für die Abklärungen im Zusammenhang mit der Friedhofserweiterung. Der Bericht sei klar. Es sei von gravierenden Fehlern die Rede. Die FDP-Fraktion begrüsse die vom Gemeinderat eingeleiteten Massnahmen auf verwaltungstechnischer, personeller und organisatorischer Ebene. Die FDP-Fraktion werde daher den Anträgen des Gemeinderates zustimmen können.

**Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, nimmt Bezug auf den Passus, dass die finanziellen Aufwendungen im Verhältnis zu den erbrachten Leistungen zu sehen seien. Hier stellt er die Frage, ob man tatsächlich auch das Doppelte des Wertes der Investitionen bekommen habe.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, antwortet, dass für die Leistungen, welche man bekommen habe, auch die entsprechenden Rechnungen vorlägen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, dankt ebenfalls im Namen seiner Fraktion allen Beteiligten, Gemeinderat, Geschäftsprüfungskommission, Finanz- und Rechnungsprüfungskommission sowie den Verwaltungsmitarbeitern, welche an der Aufarbeitung dieses Geschäftes und der Aufklärung beteiligt gewesen waren. Es sei bereits sehr viel auf der Seite der Verwaltung umgesetzt und verbessert worden. Aber es seien offenbar einige Beteiligte an ihre Zeitgrenzen gestossen. Es sei eine besondere Herausforderungen gewesen. Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission sei sehr detailliert, habe schon fast den Charakter einer Dissertation. Es sei erfreulich, dass die GPK einstimmig den Bericht verabschiedet habe. Er spricht allen Beteiligten seine Anerkennung zu dieser Arbeit aus. Einige Fragen würden sich trotz der exakten und genauen Berichterstattung dennoch stellen: 1. Wie habe es passieren können, dass der Gemeinderat im Jahr 2004 die Rechnung 2003 dem Einwohnerrat vorgelegt habe, ohne auf die Kreditüberschreitung hinzuweisen? Was wäre passiert, wenn Christoph Morat damals nicht darauf hingewiesen hätte? 2. Heute seien nur noch drei Personen der damals (1999, Geschäft 3102/A) vorberatenden Kommissionen im Rat anwesend. Ebenso sind vom damaligen Gemeinderat nur noch ein Drittel der Personen aus dem Jahr 1999 anwesend. Mit anderen Worten seien die politischen Gremien sehr schnelllebig. Dies könnte auch zu den Problemen betreffend Amtsübergabe oder Stellvertretungsregelung führen. Wie könne es dazu kommen, dass ein Geschäft von einem Gemeinderat abgegeben wird und der nächste jahrelang offenbar nicht weiss, dass dieses Geschäft zu seinem Departement gehört. Offenbar habe es an der Zusammenarbeit der beiden Departemente gemangelt. 3. Die Äusserungen des Departementvorstehers Tiefbau/Umwelt zum Geschäft Friedhofserweiterungen gingen immer wieder in die Richtung : "...in meinen Departement sind Fehler gemacht worden..." Jean-Jacques Winter vermisst dabei die Aussage, dass der Departementvorsteher ebenfalls zum Departement gehört und auch persönliche Fehler gemacht habe. Nichts desto trotz danke er Paul Schüpbach für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit für die Gemeinde und zollt ihm Respekt für die gezogene Konsequenz. 4. Wie sei es möglich gewesen, dass der ehemalige Finanzvorsteher damals nicht mehr auf die Kreditüberschreitung hingewiesen habe? 5. Wie erfährt der Einwohnerrat, was künftig mit dem Projekt Friedhofserweiterung passiert und welche finanziellen Auswirkungen noch zu erwarten sind. Aus der Bevölkerung höre man immer wieder, dass die Gestaltung der Urnengräber nicht alle befriedige. Was sei hier noch zu erwarten? 6. Der Gemeinderat habe mittlerweile sehr viel umgesetzt. Die Arbeit der Gemeinderäte sei sehr umfangreich und bedürfe eines grossen Engagements der Personen. Hier sei auch der Einwohnerrat gefordert. Dieser müsse die Arbeit

des Gemeinderats wieder attraktiver darstellen und Personen mit entsprechenden Kapazitäten und ausreichender Motivation ansprechen.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, antwortet auf die gestellten Fragen. Zur Rechnung 2003 könne er nichts beschönigen: Die Mehrkosten seien damals ausgewiesen worden. Der Gemeinderat sei über den Kommentar in der Rechnung 2003 zur Friedhofserweiterung "gestolpert". Es seien aber mittlerweile Massnahmen ergriffen worden, welche helfen sollen, dass so etwas nicht mehr passiert. Allerdings sei auch zu sagen, dass nicht nur der Gemeinderat die Jahresrechnung 2003 mit den klaren Texten vor sich gehabt habe. Die Vorlage zur Friedhofserweiterung solle nicht mehr weiter diskutiert werden, auch diese habe neben dem Gemeinderat die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen sowie der Einwohnerrat vor sich gehabt. Klar müsse sein, dass es solche Vorlagen in Zukunft nicht mehr geben werde. Seit 1999 sei aber auch keine Vorlage mehr mit einem solch geringen Detaillierungsgrad und ohne Berücksichtigung der Baukostenteuerung dem Einwohnerrat vorgelegt worden. Der Gesamtgemeinderat müsse sich an dieser Stelle nicht über die Schuldfrage äussern sondern zur Frage der Verantwortung. In dieser Hinsicht nimmt Gemeinderat Paul Schüpbach seine persönliche Verantwortung mit dem Rücktritt wahr. Mit dem Rücktritt stehe Paul Schüpbach zu den Fehlern, welche im Departement aber auch durch ihn persönlich gemacht worden seien. Der Gesamtgemeinderat trete im schweizerischen System als Kollegialbehörde auf. Deshalb sei es nicht tunlich, diesen "auseinander zu dividieren". Belegt sei aber, dass es konkret zwei Hinweise auf die Situation gegeben habe: Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen, habe dem damaligen Finanzvorsteher Dr. Leo Zehnder einen Hinweis gegeben. Dieser Hinweis wurde wahrscheinlich von Dr. Leo Zehnder an Paul Schüpbach weitergegeben, versandete aber irgendwie, resp. fand nicht die entsprechende Aufmerksamkeit. Weiter habe es einen Hinweis von Walter Stammbach, Hauptabteilungsleiter Hochbau/Raumplanung, an Ruth Greiner, damalige Gemeindepräsidentin gegeben. Auch dieser Hinweis habe aber nicht richtig gegriffen. Er warne davor, mit dem heutigen Kenntnisstand die damaligen Entscheide zu kritisieren. Die heute bekannten Fakten seien damals nicht mit der ganzen notwendigen Klarheit zugänglich gewesen. Zur Frage der "Urnennischenlöcher" und der weiteren Friedhofsgestaltung werde sich im Infofenster Gemeinderätin Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, äussern. Zur Belastung eines Gemeinderates sei zu sagen, dass man mindestens ein 40%-Pensum einrechnen sollte. Dazu kämen noch die repräsentativen Aufgaben ausserhalb der normalen Arbeitszeit. Nicht vergessen solle man aber, dass nach wie vor das Milizsystem für die Gemeinderäte herrsche. Mit einer überbordenden Arbeitsbelastung oder zu grossen Ansprüchen würde man dieses, zu seinem Bedauern, in Frage stellen. Der Gemeinderat sei keine professionelle Behörde, dies solle und müsse man respektieren.

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, erinnert nochmals daran, dass man sich mit den Voten zunächst auf den beantragten Nachtragskredit beschränken solle.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, findet, dass es in erster Linie um Schadensbegrenzung gehe. Er dankt bei dieser Gelegenheit Christoph Morat, welcher ein aufmerksamer Einwohnerrat gewesen sei und die Jahresrechnung 2003 hinterfragt habe. Es sei sehr bedenklich, dass der Gemeinderat von der drohenden Kreditüberschreitung nichts bemerkt habe. Bereits am 30.10.2001 sei offenbar dieses Geschäft und die Mehrkosten zur Sprache gekommen. Damals habe den Gesamtgemeinderat dies aber nicht interessiert. Der Gesamtgemeinderat lege ein eigenartiges Kostenbewusstsein vor. Auch nach der Information darüber, dass der Kredit erschöpft gewesen sei, habe der Gesamtgemeinderat lange nichts unternommen. Es sei eine Katastrophe, wenn der damalige Finanzchef den Gesamtgemeinderat nicht darüber informiere, dass eine Kreditüberschreitung vorliege. Offenbar habe der Gemeinderat nicht reagieren wollen. Aus seiner eigenen Erfahrung, so Bruno Steiger, vermute er, dass Paul Schüpbach von den Vertretern der etablierten Parteien im Gemeinderat nicht ausreichend gestützt wurde. Es hätte jedem passieren können. Er könne sich denken, dass man Paul Schüpbach habe "dreinlaufen lassen". Nach seiner Ansicht, habe der damalige Hauptabteilungsleiter noch nie besondere Führungsqualitäten gehabt. Er sei an dieser Position falsch gewesen, so Bruno Steiger an die Adresse der Personalverantwortlichen. Kurt Mangold sei immer sehr

obrigkeitshörig und umgänglich gewesen. Nach seiner Ansicht, müsse sich ein Hauptabteilungsleiter auch mal gegenüber seinem Departementsvorsteher durchsetzen können. Auch ihm sei damals, als Gemeinderat, viel verheimlicht worden. Es sei zwischen den etablierten Parteien kommuniziert worden. Er habe Mühe damit, dass zwischen Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung und Paul Schüpbach so schlecht zusammengearbeitet wurde. Er habe das Gefühl, dass man Paul Schüpbach "gelegt" habe, um ihn loszuwerden. Er zollt Paul Schüpbach Anerkennung für seinen Rücktritt, ist aber der Meinung, dass noch andere diese Konsequenz ziehen sollten. An die Adresse von Dr. Anton Lauber richtet er den Vorwurf, dass man sich mit dem nun eingeführten Controlling nicht aus der Verantwortung reden könne. Auch der damalige Vize-Präsident Dr. Lauber habe den Beschlüssen zugestimmt. Im Nachhinein die Gesetze zu machen, sei zu spät. Im Gemeinderat spiele halt immer noch der "Parteienfilz" eine Rolle. Am liebsten würde er gegen den Kredit stimmen. Die Gemeinderäte sollten das Defizit aus der eigenen Tasche zahlen, somit hätte man die öffentliche Hand etwas geschützt.

Seite 6-9 Schlussabrechnung des Verpflichtungskredites

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, hält fest, dass sich auf Seite 6, zweitunterste Zeile, ein Datumsfehler eingeschlichen habe. Statt 2.12.1998 müsse das Datum des Einwohnerratsbeschlusses 13.10.1999 heissen.

**Verena Meschberger**, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, merkt zu diesem Kapitel an, dass in den Medien die Meldung kursiert habe, dass das Gesamtbudget des Departements Tiefbau/Umwelt insgesamt von der Überschreitung nicht tangiert worden sei. Diese Aussage sei kritisch. In Tat und Wahrheit habe man die CHF 750'000.-- nun für den Friedhof gebraucht, andere Projekte, wie zum Beispiel Trottoir, Kandelaber, etc. seien zurückgestellt worden. Einzige Ausnahme davon seien CHF 153'000.-- welche für den Vorplatz der Kapelle gebraucht worden seien und eigentlich dem Hochbau hätten belastet werden müssen.

Seite 10 Auftrag des Parlaments an die GPK

Seite 10 Untersuchungen und Abklärungen des Gemeinderates

Seite 19 Schlussfolgerungen des Gemeinderates

Seite 22 - 24 Massnahmen des Gemeinderates

Seite 24 Zusammenarbeit mit der GPK

**Verena Meschberger**, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, richtet an Dr. Anton Lauber die Frage, was passiere, wenn ein Nachtragskredit abgelehnt würde.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, führt dazu aus, dass ein beantragter Nachtragskredit den Einwohnerrat in der Tat vor vollendete Tatsachen stelle.

**Basil Kröppli**, SVP-Fraktion, will an dieser Stelle dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit danken und ist zuversichtlich, dass mit den bereits eingeleiteten Massnahmen ein solches Debakel nicht nochmals passieren wird. Er bittet die Parlamentarier dem Nachtragskredit zuzustimmen, um die Angelegenheit nicht noch weiter in die Länge zu ziehen.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, resümiert, dass man offensichtlich fremde Gelder (Steuergelder) im grossen Stil ausgegeben habe. Mit dem Geld hätte man etwas "Tolles" machen können. Nun seien alle Fakten auf dem Tisch und man habe entsprechende Korrekturmassnahmen eingeleitet. Dies sei nicht zuletzt auch auf die neue Konstellation im Gemeinderat zurückzuführen. Auch die CVP-Fraktion sei zuversichtlich, dass die neuen Massnahmen und das Kostencontrolling greifen werde, aber jedes Hilfsmittel sei nur wirksam, wenn es auch

richtig angewendet werde. Dank für die Aufklärungsarbeit spricht er allen Beteiligten aus, sowohl dem Gemeinderat, den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission als auch den Mitarbeitern der Verwaltung.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, nimmt Bezug auf das Votum von Basil Kröpfli. Einige Mitglieder seiner Fraktion würden wahrscheinlich an der nachfolgenden Abstimmung den Nachtragskredit ablehnen. Dies solle zum Ausdruck bringen, dass man ja im Grunde nicht mit der Kostenüberschreitung einverstanden sei. Daher könne man auch keinen einstimmigen Entscheid zum Nachtragskredit erwarten. Es gehe hier darum, ein Zeichen für die historischen Aufzeichnungen zu setzen.

Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates:

://:

1. Gestützt auf § 162 Abs. 1 lit. c Gemeindegesetz wird aufgrund des vorliegenden Berichtes des Gemeinderates ein Nachtragskredit in Höhe von CHF 720'479.85 zur Abgeltung der ausgewiesenen Mehrleistungen sowie der eingetretenen Bauteuerung **mit 22 Ja : 9 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen bewilligt.**
2. Die Schlussabrechnung über den Verpflichtungskredit 3102 betreffend Friedhoferweiterung (gemäss Konto 740-501.03) in Höhe von insgesamt CHF 1'500'479.85 wird **mit 28 Ja : 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.**
3. Von den durch den Gemeinderat eingeleiteten organisatorischen und personellen Massnahmen wird **mit grossem Mehr Kenntnis genommen.**

76      01.032.002      Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

**2. Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 04.05.2005 zur Anfrage der Geschäftsprüfungskommission betr. Konto 740-501.04 = ‚Vorplatz Friedhofkapelle, Gemeinschaftsgrab‘ aus der Investitionsrechnung 2004    Geschäft 3601**

---

**Verena Meschberger**, Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, nimmt nochmals auf das Votum von Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, Bezug, dass neben dem Gemeinderat auch andere Gremien nicht früher auf die Kostenüberschreitung aufmerksam geworden seien. Was die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (nachfolgend FiReKo) angehe, stellt sie klar, dass bereits seit längerer Zeit, vor 2003, die FiReKo im detaillierten Rechnungsprüfungsbericht an den Gemeinderat darauf hingewiesen habe, dass im Departement Tiefbau/Umwelt "nicht alles ganz rund laufe". Im Jahr 2003 habe die FiReKo nichts im Bericht geschrieben. Sie habe darüber nur mündlich informiert. Es sei in der FiReKo Tradition, bei erstmaligem Auftreten von solchen Situationen dies zunächst "intern" mit dem Gemeinderat zu besprechen und im Revisionsbericht zu erwähnen. Erst wenn keine Besserung erfolge, gelange man mit der Kritik an die Öffentlichkeit und an den Einwohnerrat. Sie hält die bestehende Tradition für durchaus richtig und möchte diese beibehalten. Zum eigentlichen Bericht äussert sie sich wie folgt: Der Vorplatz der Friedhofskapelle sei in der hier zu diskutierenden Thematik nur ein "Nebenschauplatz". Es sei ein Investitionsrechnungskredit gewesen, dazu habe die GPK nicht Stellung nehmen dürfen. Aus der Jahresrechnung 2004

könne gelesen werden, dass auf dem entsprechenden Konto "nur" CHF 129'454.50 verbucht seien. Wenn man die ca. CHF 153'000.-- des soeben bewilligten Nachtragskredites hinzuzähle, beliefen sich die gesamten Kosten zur Zeit (der Platz sei noch nicht ganz fertiggestellt) für den Vorplatz auf CHF 282'860.25 bei bewilligten CHF 280'000.-- im Investitionsrechnungskredit. Die Überschreitung belaufe sich damit zur Zeit nur auf CHF 2'860.25. Diese Überschreitung sei akzeptabel. Nicht akzeptabel sei hingegen, dass die ca. CHF 153'000.-- **widerrechtlich**, dieses Wort verwende sie mit Absicht, dem Verpflichtungskredit der Friedhofserweiterung belastet worden sei, da zum Zeitpunkt, als die Kosten entstanden seien, der Kredit noch nicht bestanden habe. Sie sei sich bewusst, dass sie mit "widerrechtlich" einen krassen Ausdruck verwendet habe. Auch im Bericht habe die FiReKo zwei scharfe Begriffe gewählt: "...das Vorgehen sei auf das Schärfste zu verurteilen..." und "...vorsätzliche und skrupellose Aushebelung der gesetzlichen und internen Vorgaben...". Sie, als Absolventin einer Handelsmatur, störe es ungemein, dass man Falschbuchungen vornehme, weil ein entsprechender Kredit noch nicht vorhanden sei. Man sollte wissen, dass dies nicht legal sei. Sie betont aber, dass damit kein Verdacht geäussert werde, dass sich der Hauptabteilungsleiter persönlich bereichert habe. Es sei offensichtlich immer nur darum gegangen, das Projekt voranzutreiben. Dennoch sei dieses Vorgehen nicht akzeptabel. Sie sei sehr, sehr dankbar, dass Gemeinderat Paul Schüpbach seine Konsequenzen aus dieser Sache gezogen habe. Es sei ihr noch sehr wichtig zu betonen, dass man im Zusammenhang mit der Revision der Rechnung 2004 festgestellt habe, dass bei jedem Investitionskredit alles ordentlich zu und her gegangen sei. Auch sie danke allen Mitarbeitern und dem Gemeinderat, welche an der Ausarbeitung der neuen Finanzweisungen beteiligt gewesen seien. Sie bittet das Plenum um Kenntnisnahme des Berichtes.

#### EINTRETEN

**Robert Richner**, FDP-Fraktion, ist namens seiner Fraktion für Eintreten auf das Geschäft. Die FDP-Fraktion halte es für richtig, dass dieses Geschäft im Zusammenhang mit der Friedhofserweiterung diskutiert werde. Ausserdem dankt er der Hauptabteilung Finanzen, dass sie damals die Umbuchung nicht vorgenommen habe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

EINTRETEN unbestritten

#### DETAILBERATUNG

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, bemerkt zu dem Geschäft, dass man hier Bezug auf ein Protokoll vom Juni 2003 nehme. Die Umbuchung sei ein Vorschlag vom damaligen Hauptabteilungsleiter gewesen und nicht von Gemeinderat Paul Schüpbach.

**Thomas Pfaff**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), dankt der FiReKo für den Bericht. Der GPK seien manchmal die Hände gebunden, da sie gemäss Gesetz nur abgeschlossene Geschäfte prüfen dürfe. Zum Glück habe es sich hier um ein finanztechnisches Geschäft gehandelt, so habe die GPK das Geschäft der FiReKo "zuspielen" können. Somit lägen nun auch hier die Fakten auf dem Tisch, was sehr begrüssenswert sei. Auch in Zukunft werde die GPK die Zusammenarbeit suchen, sofern sie zum Nutzen des Parlaments sei.

Abstimmung über den Antrag der FiReKo:

://:

Von der vorgelegten Antwort der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission auf die Anfrage der Geschäftsprüfungskommission betreffend Konto 740-501.04 ='Vorplatz Kapelle, Gemeinschaftsgrabfeld' aus der Investitionsrechnung 2004 **wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.**

PAUSE

77 01.040 Gemeinderat

**Infofenster des Gemeinderates**

---

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, berichtet über den Stand der Dinge betreffend Mängelbehebung am Vorplatz Friedhof. Die ganze Angelegenheit sei eigentlich kein Geschäft des Departements Hochbau/Raumplanung, dennoch nehme er die Informationen im Sinne einer Stellvertretung für den eigentlich zuständigen Gemeinderat wahr. Am 20.08.2003 sei der Werkvertrag zwischen der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt und dem Unternehmer RofraAG abgeschlossen worden. Zwischen September und November 2003 seien die verschiedenen Betonplatten des Vorplatzes gegossen worden. Anfangs Jahr 2004 habe man dann gewisse Mängel festgestellt: einzelne Platten hätten sich an den Rändern nach oben gehoben. Diese Aufwerfungen belaufen sich auf Werte zwischen einem und max. 14 bis 15 Millimeter. Total seien 66 Platten verbaut worden, 45 davon wiesen Mängel auf. Nach der Feststellung der Mängel, habe man per 08.06.2004 den Unternehmer auf die Mängel aufmerksam gemacht. Man habe zwischen Juni und November 2004 versucht, die Mängelursache zu finden. Auch externe Firmen habe man zur Ursachenforschung beigezogen, aber man sei nicht zu einer definitiven Ursachenfeststellung gelangt. Am 01.12.2004 habe Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt, den Gemeinderat detailliert informiert. Man habe auch bereits schon Detailmassnahmen ergriffen (Warn-Markierungen bei den am stärksten gehobenen Platten). Die formelle Mängelrüge habe man dann vorbereitet. Diese sei dann am 16.03.2005 form- und fristgerecht gegenüber der RofraAG ausgesprochen worden. Darauf hin habe eine Unterredung mit dem Unternehmer stattgefunden. Die Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt habe sich auf den Standpunkt gestellt, dass ein Ausführungsfehler zu den Mängeln geführt habe. Der Unternehmer seinerseits, habe sich auf den Standpunkt gestellt, es sei ein Projektierungsfehler. Aufgrund dieser zwei diametral entgegengesetzten Haltungen sei man sich noch nicht einig geworden, da es um die Haftungsfrage gehe. Am 15.04.2005 sei dann die Stellungnahme des Unternehmers zur Mängelrüge eingegangen. Verschiedene Vorschläge zur Mängelursachenforschung und Behebung seien gemacht worden. Mittlerweile habe man am 25.04.2005 die offizielle Abnahme des Bauwerks durchgeführt, dies sei notwendig um jetzt die Mängelrüge zu weiterzuverfolgen. Es seien verschiedene kleinere Mängel festgestellt worden, welche ohne grössere Umstände behoben werden können. Einzig die Frage der Betonplatten sei zu diskutieren. Der Gemeinderat prüfe zur Zeit noch, mit welchem Konzept man die Ursachenfindung und die Mängelbehebung vorantreiben werde. In den nächsten Wochen werde man gemeinsam mit dem Unternehmer nach Lösungen suchen.

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerkontrolle/Sicherheit, informiert das Plenum über die Situation der Urnennischenplatten, nachdem aus der Bevölkerung Kritik am Erscheinungsbild geübt wurde. Der Gemeinderat beschäftige sich mit diesem Thema, er nehme die Kritik Ernst und suche nach Lösungen. Es bestehe ein gewisser Zeitdruck, da eine allfällige Projektänderung möglichst rasch umgesetzt werden sollte. Sie, als Departementsvorsteherin Einwohnerkontrolle/Sicherheit, vertrete das Geschäft, da das Bestattungswesen ihr unterstellt sei, und in diesem Zusammenhang hier viele Anfragen zur Gestaltung gestellt worden seien. Die Kritik der Bevölkerung an den Urnennischen sei massiv. Daher habe der Gemeinderat beschlossen, eine Projektgruppe zu bilden. Diese besteht aus den Departementsvorstehern und -vorsteherin Tiefbau/Umwelt, Hochbau/Raumplanung und Einwohnerdienste/Sicherheit. Zusätzlich gehören der Arbeitsgruppe die Hauptabteilungsleiter der vorgenannten Departemente an. Man habe sich gewisse Kriterien vorgegeben nach denen sich ein neues Projekt richten solle. Berücksichtigt werde, dass alle Urnennischen zugänglich sein sollen, dass man Blumenschmuck drapieren könne und dass bei einer Urnenbeisetzung die übrigen Urnennischen nicht einsehbar seien. Ausserdem solle verhindert werden, dass Regenwasser auf den Platten stehen bleibe. Aufgrund dieser Vorgaben müssten einige Urnennischenplätze eingespart werden, d.h. die Kapazität werde abnehmen. Die Vernehmlassung der Hinterbliebenen der bereits bestatteten Personen habe durchwegs zu einer positiven Aufnahme

der geplanten Umgestaltung geführt. Auch die übrige Öffentlichkeit werde in das Vernehmlassungsverfahren eingebunden. Am 09.06.2005 um 18.30 Uhr wird im Gemeindezentrum eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden. Das detailliert ausgearbeitete Konzept werde anschliessend dem Einwohnerrat vorgelegt.

78 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission

**3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 28.04.2005  
betreffend Überschreitung des Verpflichtungskredites  
"Friedhofserweiterung" Geschäft 3102 C**

---

**Thomas Pfaff**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), erläutert den Bericht. Die GPK habe sich zum Ziel gesetzt, an der heutigen Sitzung das Thema "Friedhofserweiterung - Kostenüberschreitung" abschliessend zu behandeln und "aufzuräumen", damit man in Zukunft wieder unbelastet weiterarbeiten könne. Es gehe um Vergangenheitsbewältigung, dazu sei heute ein guter Zeitpunkt. Anschliessend müsse man aber vorwärts schauen, neue Projekte in Angriff nehmen und vor allem dem Gemeinderat und der Verwaltung die Chance geben, mit den neu geschaffenen Hilfsmittel die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Offen bleibe für die GPK nach den Informationen des Gemeinderates betreffend der Schäden am Vorplatz der Friedhofkapelle die Frage, ob die Schadensbehebung eine Kostenfolge zu Lasten der Gemeinde auslösen werde. Hier erwarte er noch eine entsprechende Information.

Zum Bericht über die Friedhofserweiterung: **Thomas Pfaff**, GPK-Präsident, stellt fest, dass alles was im Bericht geschrieben, festgestellt, kritisiert oder gefordert werde, nach wie vor gelte. Auf eine mündliche Wiederholung des Berichtsinhaltes verzichtet er. Die Aufforderung der GPK gegenüber einem Gemeinderat zum Rücktritt, betrachtet er als die höchstmögliche "Eskalationsstufe". Diesen Entscheid habe die GPK nicht leichtfertig getroffen. Man müsse natürlich akzeptieren, dass jeder Mensch Fehler mache. Beim Projekt "Friedhofserweiterung" sei einiges schiefgegangen. Dies allein sei aber noch nicht der Grund, dass man einen Gemeinderat zum Rücktritt auffordere. Es sei auch nicht allein die Tatsache, dass Paul Schüpbach jahrelang nicht gemerkt haben soll, dass in seinem Departement ein Geschäft bearbeitet wird, für welches er auch zuständig ist. Es ist auch nicht allein die Tatsache, dass Paul Schüpbach jahrelang kein Kostencontrolling in seinem Departement gemacht habe. Dies seien zwar alles grobe Fehler, aber ausschlaggebend für die Rücktrittsforderung sei die Situation im April 2004 gewesen. Zu diesem Zeitpunkt habe Gemeinderat Paul Schüpbach definitiv erkannt, dass er ein Projekt "Friedhoferweiterung" in seinem Departement habe und dass dort massiv Kosten überschritten worden seien. Er habe dann aber nicht den Gemeinderat und nicht das Parlament informiert, er habe entschieden, dass kein Nachtragskredit beantragt werde, sondern dieser erst mit der Schlussabrechnung erfolgen solle. Er habe nichts unternommen, um abzuklären, wie es dazu habe kommen können, er habe nichts unternommen, um eine Wiederholung zu verhindern. Erst der Gesamtgemeinderat habe ab Juni 2004 etwas unternommen. Dieses Verhalten von Paul Schüpbach sei entscheidend gewesen. Die GPK werfe ihm vor, dass er sich passiv verhalten habe, nachdem er das Problem erkannt gehabt hätte. Hier habe er die erforderliche Führungsstärke vermissen lassen. Aus diesem Grund erwarte die GPK auch nicht, dass Paul Schüpbach in Zukunft die notwendige Führungsstärke zeigen könne. Dies sei der Grund gewesen, weshalb die GPK einstimmig eine weitere Zusammenarbeit mit Paul Schüpbach als Gemeinderat ablehne. In diesem Zusammenhang verweist Thomas Pfaff auf das Rücktrittsschreiben von Paul Schüpbach und zitiert einige Passagen daraus. Im Schreiben ginge es immer nur darum, dass Paul Schüpbach wegen Fehler zurücktrete, die in seinem Departement gemacht worden seien. Die GPK wolle aber betonen, dass die Rücktrittsforderung auf der Auffassung basiere, dass auch er, Paul Schüpbach, persönlich Fehler gemacht habe.

Die Frage nach der Fortsetzung des Projektes "Friedhof" habe die GPK ebenfalls beschäftigt. Gemäss der heute eingereichten Interpellation der GPK (Geschäft 3606) wolle man über den Fortschritt des Gesamtgestaltungskonzeptes des Friedhofs informiert werden. Bereits seien ca.

CHF 110'000.-- für Anpassungen ausgegeben worden. Die GPK interessiere sich dafür, welche Kosten noch dazu kommen. Art der Umsetzung, Zeitraum und Kosten der geplanten Anpassungen und Änderungen seien Gegenstand der Interpellation. Noch nicht erstellt sei zum Beispiel das Gemeinschaftsgrab. Es gebe eine Budgetposition über ca. CHF 280'000.-- im Budget 2004. Man wolle einen Schlussstrich zur Vergangenheit ziehen. Mit der Beantwortung der Interpellation seien auch für die GPK die Geschäfte endgültig abgeschlossen. Der GPK-Präsident bittet das Plenum darum, zwar die Geschehnisse warnend in Erinnerung zu behalten, aber künftig die Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt nicht ständig zu "verteufeln". Die Mitarbeiter der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt hätten dies nicht verdient. Man habe die entsprechenden Massnahmen ergriffen, nun müsse man wieder normal arbeiten können. Er spricht dem Gesamtgemeinderat und der Verwaltung im Namen der GPK das Vertrauen für die weitere Arbeit aus. Er begrüsst in diesem Zusammenhang die im Saal anwesenden Verwaltungsmitarbeiter und schätzt ihr Erscheinen als Zeichen ihres Interesses und Engagements.

## EINTRETEN

EINTRETEN unbestritten

## DETAILBERATUNG

**Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion, äussert sich dahingehend, dass der Bericht sehr sachlich abgefasst worden sei. Er zeige viele Perspektiven auf und sei nicht einseitig. Die CVP-Fraktion sei überzeugt, dass mit den eingeleiteten Massnahmen eine Wiederholung der gemachten Fehler auszuschliessen sei. Es sei wichtig, dass man nun in die Zukunft schaue, aber aus den gemachten Fehlern lerne.

**Basil Kröppli**, CVP-Fraktion, geht nicht mehr weiter auf den Bericht ein. Man habe sehr viel Arbeit in der GPK geleistet. Es seien sehr viele Sitzungen abgehalten worden, der Arbeitsaufwand, speziell auch für den GPK-Präsidenten, sei enorm gewesen. Die SVP-Fraktion stehe voll und ganz hinter dem Bericht und den Anträgen.

**Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, sieht sich als Initiator dieser ganzen Angelegenheit. Er habe sich nie vorstellen können, was sein Hinweis, damals an der Rechnungssitzung, alles auslösen werde. Er dankt der GPK für den besonderen Einsatz, seine Erwartungen seien bei weitem übertroffen worden. Mit 14:10 Stimmen bei 7 Enthaltungen sei damals, vor knapp einem Jahr, seinem Antrag zugestimmt worden, die GPK einzusetzen. Insgesamt 17 Personen, vor allem aus den wirtschaftsorientierten und auf Sparen bedachten Parteien wollten es damals nicht wahrhaben, dass mit der Rechnung etwas nicht in Ordnung sei. Aber niemand hätte sich damals vorstellen können, was alles zum Vorschein kommen werde. Er spricht Bruno Steiger und seinem Parteikollegen ein Kompliment dafür aus, dass diese beiden damals die einzigen gewesen seien, welche die Rechnung 2003 abgelehnt hätten. Dies wäre der einzig gangbare Weg für das ganze Parlament gewesen. Bis zur vollständigen Aufklärung hätte die Rechnung nicht genehmigt werden dürfen. Neben den offensichtlichen Vorkommnissen beim Projekt "Friedhofserweiterung" (Kreditüberschreitung) seien noch weitere Punkte, zumindest zwischen den Zeilen, im GPK-Bericht angesprochen: Man habe eigentlich nicht das erhalten, für das man ursprünglich den Kredit genehmigt habe. "Dank" der "selbstherrlichen Einstellung" von Hauptabteilungsleiter und Departementsvorsteher müsse man mit der heutigen Situation leben oder aber mit viel Geld korrigieren, damit man das gewünschte Erscheinungsbild endlich bekomme.

An die Adresse von Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, richtet er den Vorwurf, dass nicht ein Wort von persönlicher Schuld stehe. Er lasse also seine Hauptabteilung ein weiteres Mal "im Stich". Ausserdem seien Fehler nicht nur in der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt gemacht worden. Die damalige Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen (VPK) und der Einwohnerrat habe die Vorlage abgesegnet, obwohl eigentlich nur ein

Planungskredit angemessen gewesen wäre. Zweitens sei wohl auch dem damaligen Gemeinderat ein Fehler unterlaufen: Man hätte die zwei Bauabteilungen (Hochbau/Raumplanung und Tiefbau/Umwelt) niemals in einer solchen Rivalität miteinander arbeiten lassen dürfen. Hier hätte der Gemeinderat einschreiten müssen. Die gegenseitige Unterstützung wäre enorm wichtig gewesen. Der heutige Gemeinderat sei nun stark gefordert, man habe bereits Massnahmen eingeleitet. Aber es dürfe nicht nur um das Controlling, die Prozessoptimierung etc. gehen, es müssten auch die so genannten "Soft-Faktoren" berücksichtigt werden. Es gehe hier um Vertrauen in die zukünftigen Geschäfte (z. B. Sportanlage "Im Brühl"). Die Verwaltung bedarf des Vertrauens in ihre Arbeit. Die Politik müsse nun die Verwaltung stützen und unterstützen und nicht bloss kritisieren. Vertrauen in die Kollegen, "ziehen am gleichen Strick", Fairplay: das müssen die Ziele der Verwaltungsarbeit sein.

Ein weiterer Fehler sei vielleicht systembedingt. Das Milizsystem stosse bald an seine Grenzen. Ein 50%-Pensum für einen GPK-Präsidenten sei eindeutig zu viel. Allerdings habe sich auch kein Einwohnerrat solches Fehlverhalten von Verantwortlichen vorstellen können. Die Mitglieder des Einwohnerrates müssten sich aber auch selbst hinterfragen, ob sie ihre Aufgabe als Vertreter des Stimmvolkes immer lückenlos gut gemacht haben. **Christoph Morat** fragt, ob es überhaupt möglich sei, die Kontroll- und Aufsichtspflichten des Plenums im Milizsystem zu 100% wahrzunehmen. Letztlich dürfe man aber nicht vergessen, dass die Verwaltungsmitarbeiter einen wichtigen Job zum Wohle und zur Entwicklung der Kommune verrichten. Hierfür müsse ihnen auch der entsprechende Dank ausgesprochen werden. Der GPK-Bericht gebe dem damaligen Gesamtgemeinderat keine guten Noten. Vier von sieben Mitgliedern seien nicht nur schmeichelhaft erwähnt. Zwei dieser vier seien an der gleichen Einwohnerratssitzung (Rechnung 2003 im Juni 2004) mit Applaus aus ihrem Amt verabschiedet worden.

Letztlich ist auch **Christoph Morat** für die Genehmigung des Nachtragskredites, um so einen Schlussstrich unter diese Affaire zu setzen. Durch das Fehlverhalten einiger weniger Personen seien nämlich gegen 100 weitere Verwaltungsmitarbeiter in ihrer Arbeit sehr verunsichert. Diese hätten es verdient, wieder motiviert und engagiert ihre Arbeit zu Gunsten der Gemeinde weiterzuführen. Wahlskandal und Friedhofsdebakel seien zwei gravierende Ereignisse in kurzer Zeit gewesen, welche durch Selbstherrlichkeit und Egoismus weniger Einzelner ausgelöst worden seien. Heute müsse dies durch das Plenum verurteilt werden. Es liege nun an der Politik, die Grundlagen für ein solches Verhalten zu beseitigen, um eine Wiederholung solcher Debakel in Zukunft vielleicht verhindern zu können. Instrumente des Projektcontrolling sind ebenso wichtig wie vertrauensbildende Massnahmen aus der Politik an die Verwaltung. Es gehe darum, frühzeitig einzugreifen. Controlling dürfe aber nicht heissen, mit Misstrauen auf einzelne Personen zielen. Wenn das gelinge, dann habe die Politik ihre Aufgabe gemacht und mit konstruktiver Kritik zur Entwicklung einer guten Verwaltungsführung beigetragen. Auf diese Art sei ein Milizsystem tragbar.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, dankt dem Plenum für die seriös, fundiert und ernsthaft geführte Diskussion. Es liege ihm dennoch am Herzen, einige kurze Bemerkungen anzubringen: Er bittet das Plenum, wegen dieses Vorfalles nicht alle Mitarbeiter des Departements Tiefbau/Umwelt "über einen Leisten zu schlagen". Die Verwaltung funktioniere gut! Das Milizsystem solle ebenfalls nicht in Frage gestellt werden. Es würden hunderte von Geschäften bearbeitet, die Friedhofserweiterung müsse als "Ausreisser" betrachtet werden. Die direkte Demokratie lebe vom Milizsystem. Den Ausführungen von Christoph Morat könne er sich voll und ganz anschliessen. Der Gemeinderat sei auf drei Ebenen tätig: Er sei Departementsvorsteher und als solcher verpflichtet, sich in die Sachgeschäfte einzuarbeiten. Fehlender Sachverstand schütze hier nicht. Zweitens sei der Gemeinderat Departementsvorsteher und als solcher müsse er sein Departement nach aussen hin vertreten, im Gemeinderat und in der Bevölkerung. Die dritte Ebene sei der "Gesamtgemeinderat": Jeder Gemeinderat stehe in der Pflicht für die Gesamtverantwortung einzustehen. Der Gesamtgemeinderat sei eine Kollegialbehörde. Es würden künftig keine Rivalitäten mehr geduldet, kein Egoismus und mangelnde gegenseitige Unterstützung mehr geduldet. Als

Mitglied des Gesamtgemeinderates müsse man umfassend Auskunft über sein Departement erteilen.

Der Gesamtgemeinderat sei bestrebt an diesen drei Ebenen weiter zu arbeiten. Wichtig sei in jedem Fall gegenseitiges Vertrauen, aber auch eine gesunde Portion Vorsicht und Aufmerksamkeit.

Am Ende möchte er seinen ganz persönlich Dank an Herrn Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stellvertreter, aussprechen. Dieser habe mit ihm sehr intensiv die Thematik aufgearbeitet.

**Thomas Pfaff**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, teilt mit dem Hinweis auf das Rücktrittsschreiben von Paul Schüpbach mit, dass die GPK ihre Anträge 3 und 4 zurückziehe. Weiter widerspricht er den Äusserungen betreffend dem Arbeitsaufwand des GPK-Präsidenten (50%-Pensum): für ihn sei es "nur ein sehr grosses Hobby gewesen".

#### DETAILBERATUNG

Seite 3

Keine Wortmeldungen

Seite 4 Vorgehen

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, möchte wissen, was der Ergebnis der eingeholten Gegenofferten gewesen sei.

**Thomas Pfaff**, Präsident der GPK, antwortet, dass die erste Gegenofferte die Urnennischengräber betreffe. Dort habe man die Alternative zu den Bodennischen, also eine Urnenwand, berechnen lassen. Es sei die Aussage der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt zu überprüfen gewesen, ob die Bodennischen tatsächlich die kostengünstigere Lösung gewesen sei. Dies habe sich bestätigt. Die GPK sei jedoch trotzdem der Ansicht, dass eine Urnennischenwand aus ästhetischen Gründen zu bevorzugen gewesen wäre. Die zweite Offerte habe sich auf die Wasserwand am "Besinnungsplatz" bezogen. Die Offerte habe aber gezeigt, dass die Kosten der Wasserwand realistisch seien.

**Dr. Ivo Corvini**, Ratspräsident, zitiert § 20 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates und fragt die GPK, ob und wann die GPK, welche Beanstandungen an die Adresse des Gemeinderates in ihrem Bericht anbringt, dem Gemeinderat vor der Ausfertigung des Berichtes Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt habe.

**Thomas Pfaff**, GPK-Bericht, erwidert, dass der vorliegende Bericht dem Gemeindepräsident vorgelegt wurde, nicht dem Gesamtgemeinderat. Zusätzlich habe der Gemeindepräsident sämtlichen Befragungen und vereinzelt auch den Sitzungen der GPK beigewohnt. Es fand ein ständiger Gedankenaustausch zwischen GPK und Gemeindepräsident statt. Der Gemeindepräsident habe so die Interessen und die Sichtweise des Gesamtgemeinderates beibringen können.

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, führt weiter aus: In den Berichten der GPK und der FiReKo würden schwere Vorwürfe erhoben werden. Es sei die Rede von "skrupellos", "widerrechtlich" und "vorsätzlich". Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates bestimme in §20, dass die GPK bei festgestellten schweren Pflichtverletzungen der Aufsichtsinstanz die Anhebung eines Disziplinarverfahrens beantragen solle. Er fragt, ob dies hier erwogen worden sei, oder ob die GPK der Ansicht sei, dass die Verfehlungen doch nicht so schwerwiegend seien, dann widerspreche dies aber den massiven Vorwürfen im FiReKo-Bericht.

**Thomas Pfaff**, GPK-Präsident, könne nicht zum FiReKo-Bericht Stellung nehmen. Die GPK ihrerseits habe festgestellt, dass keine Bereicherung stattgefunden habe, weder bei den Mitarbeitern der Verwaltung noch beim Gemeinderat. Sämtliche Kosten seien korrekt verbaut worden, die Rechnungen entsprechen dem Arbeitsaufwand. Pflichtverletzungen im Sinne von Kompetenzverletzungen hätten stattgefunden, die entsprechenden personellen Massnahmen, auf Verwaltungs- und politischer Ebene seien mittlerweile getroffen worden. Die GPK habe daher keine Veranlassung gehabt, ein Disziplinarverfahren in die Wege zu leiten.

**Verena Meschberger**, FiReKo-Präsidentin, schliesst sich dem Vorredner an. Es habe offenbar keine Bereicherungsabsicht bestanden. Alle Fehlentscheide seien "in guter Absicht" getroffen worden. Es sei offenbar immer nur darum gegangen, das Projekt voran zu treiben. Man habe versucht Fehler zu vertuschen. Dies seien zum Teil "illegale Schritte" gewesen. Aber man habe entsprechende Konsequenzen eingeleitet. Keine der begangenen Fehler sei ein Officialdelikt. Die FiReKo habe überhaupt keinen Grund gesehen, ein Disziplinarverfahren oder dergleichen in die Wege zu leiten.

Für **Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, gehen die Ausführungen der FiReKo mit solch erschreckenden Ausdrücken offenbar an die Adresse des damaligen Hauptabteilungsleiters. Dies weil am entscheidenden 03.06.2003 Paul Schüpbach im Spital gewesen sei. Damit sei der politische Vertreter von dieser Anschuldigung ausgenommen. Der Vorwurf "skrupellos" sei massiv, das Wort "illegal" sei für ihn hochnotpeinlich. Es gehe hier nicht ums Strafrecht! Man kann allenfalls von der Verletzung von Reglementen und Gesetzen reden, dies sei aber immer noch schlimm genug. Solche Verletzungen hätten allerdings auch durch den Departementsvorsteher stattgefunden. Weiter sei der Gemeinderat der Ansicht, dass die Aufsichtsbeschwerde an den Kanton erst dann erfolgen solle, wenn die Gemeinde nicht mehr in der Lage sei, sich selber zu korrigieren. Der Einwohnerrat habe aber adäquat reagiert, indem er die GPK eingesetzt habe. Ausserdem habe man verwaltungsintern reagiert. Kontrollorgan und Verwaltungsführung hätten also alles dazu beigetragen, dass die Thematik aufgearbeitet werde. Eine Aufsichtsbeschwerde sei zu keinem Zeitpunkt angemessen gewesen. Der Regierungsrat könne selbstverständlich über seine Aufsichtsfunktion den Gemeinderat abberufen. Dies habe sich aber durch den Rücktritt von Paul Schüpbach erledigt. Die GPK ihrerseits hätte auch die Möglichkeit, jederzeit die Aufsichtsbeschwerde nachzuholen, sofern sie sich mit den heutigen Erkenntnissen und eingeleiteten Massnahmen nicht zufrieden erklärt. Aus seiner Sicht, sei die Thematik mit dem heutigen Abend erledigt. Weiter betont er, dass die Zusammenarbeit zwischen der GPK und dem Gemeinderat umfassend und hervorragend gewesen sei. Er, als Präsident des Gemeinderates, sei an sehr vielen Sitzungen der GPK anwesend gewesen. Er habe auch den Gemeinderat vorab über die Anträge der GPK informiert.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion, bittet das Plenum, am heutigen Abend die bisher gut geführte Diskussion anhand solcher zweier Worte nicht zu verderben.

Seite 5 Grundlagen

Keine Wortmeldungen

Seite 6 Zeitlicher Ablauf des Projekts "Friedhoferweiterungen"

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, interessiert sich dafür, welche Funktion das Büro David & von Arx bei diesem Projekt gehabt habe. Ausserdem möchte er wissen, durch wen die Projektänderungen initialisiert worden seien.

**Thomas Pfaff**, Präsident der GPK, antwortet, dass das Büro David & von Arx das Projekt geändert habe. Das geänderte Projekt sei dann vom Gemeinderat im Herbst 2001 genehmigt worden. Dazu gehöre die Vorlage und die Kostenschätzung mit einer Genauigkeit von +/- 25%. Spätere Änderungen seien hauptsächlich durch die Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt initiiert worden.

Seite 8 - Seite 19

Keine Wortmeldungen

Seite 19 Bewertung der Sachverhalte

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, führt aus: Der vorliegende Bericht zeige auf, welche immense Arbeit die GPK in Ergänzung zum Bericht des Gemeinderates geleistet habe. Dafür danke die FDP-Fraktion herzlich. Die FDP-Fraktion möchte zum Kapitel "Bewertung der Sachverhalte" einige Bemerkungen anbringen. Zu 9.2.4: In diesem Abschnitt scheinen offenbar zwei Thesen des Verfassers durch. Die erste These betreffe die Stellvertretung der Gemeinderäte. Die Stellvertretungsfunktion werde im Reglement über den Geschäftsgang des Gemeinderates definiert. Darin werde aber nicht verlangt, dass ein Stellvertreter jederzeit detailliert über das Departement des zu vertretenden Gemeinderates informiert sein müsse. Der Bericht bemängelt aber gerade dieses. Wolle man diesem Anspruch Rechnung tragen, bedürfe es hierzu eines enormen zeitlichen und personellen Aufwandes. Dies würde aber letztlich zu Lasten der departementseigenen Arbeit gehen.

Im Abschnitt 9.2.4 sei ausserdem von Konkurrenzdenken die Rede. Der FDP-Fraktion sei aber nicht klar, was damit gemeint sei. Ein Konkurrenzdenken können nur dann bestehen, wenn zwei Personen genau das gleiche machen würden. Hier jedoch würde man die Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt der Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung gegenüberstellen.

Das Nächste sei der Abschnitt 9.2.6 "Altgemeindepräsidentin Ruth Greiner". Die FDP-Fraktion könne der Schlussfolgerung der GPK nicht folgen, in der sie ausführt, dass Ruth Greiner damals in dem Moment richtig reagiert habe, als sie Handlungsbedarf erkannt habe. Ruth Greiner habe, ebenso wie Altgemeinderat Dr. Leo Zehnder, seit dem Juni 2003 Kenntnis von den Problemen beim Friedhofsprojekt gehabt. Nach Ansicht der FDP-Fraktion hätte Ruth Greiner bereits früher reagieren können. Sie habe nach der Information durch den Hauptabteilungsleiter Hochbau/Raumplanung gerade nicht zweckmässig reagiert, sie habe (Zitat)"mit dem Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt das Gespräch gesucht." Er frage sich, warum man zu diesem Zeitpunkt nicht bereits den Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt zu Rechenschaft gezogen habe. Darum sei auch eine weitere Aussage im GPK-Bericht nicht zutreffend. Entgegen der Feststellung der GPK sei die FDP-Fraktion der Ansicht, dass Ruth Greiner nicht korrekt gehandelt habe. Die FDP-Fraktion schlussfolgert daraus, "dass nicht alle Beteiligten mit der gleichen Elle gemessen worden sind". Dr. Guido Beretta zitiert aus dem Reglement über den Geschäftsgang des Gemeinderates, dass dem Gemeindepräsidium die Aufsicht über den Vollzug der Beschlüsse obliegt. Hier frage sich die FDP-Fraktion, ob dies unter dem damaligen Gemeindepräsidium immer der Fall gewesen sei. Weiter weist Dr. Guido Beretta darauf hin, dass der Gesamtgemeinderat laufend über alle wichtigen oder ausserordentlichen Ereignisse und über die finanziellen Entwicklungen in den einzelnen Departementen durch den jeweiligen Departementsvorsteher zu informieren sei. Daraus ergebe sich für die FDP-Fraktion eine "Kausalitätskette". In erster Linie sei der Departementsvorsteher oder die -vorsteherin verantwortlich. Mit der Berichterstattung an den Gesamtgemeinderat löse er eine Aufsichtspflicht des Gemeindepräsidiums aus. Erst in dritter Reihe bestehe eine Verantwortlichkeit der übrigen Departementsvorsteherinnen und -vorsteher. In diesem Zusammenhang sei das Problem von der Stellvertretung also nicht von Belang. Die FDP-Fraktion lege grossen Wert auf die Tatsache, dass sie gewisse Sachverhalte aus dem GPK-Bericht anders interpretiere. Dennoch sei sie mit den Anträgen der GPK einverstanden.

Seite 27 Weiteres Vorgehen

Keine Wortmeldungen

Seite 27 Forderungen der GPK

Keine Wortmeldungen

Seite 28 Empfehlungen der GPK

**Verena Meschberger**, Präsidentin FiReKo, nimmt Bezug auf die Empfehlung der GPK an die FiReKo zur jährlich zweimal vorzunehmenden Vollzugsprüfung der Empfehlungen und Forderungen der Revisionsstelle. Dies hält sie für eine gutgemeinte Empfehlung, welche aber in halbjährlichem Turnus nicht allzu viel bringe. Die Umsetzung der Empfehlungen der Revisionsstelle bedürften manchmal längerer Zeit. Sie bittet darum, dass die GPK nicht auf dieser Empfehlung beharre.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, führt aus, dass der Gemeinderat die Empfehlungen der GPK aufnehmen und zu späterer Zeit darüber berichten werde, wie die Umsetzung erfolgen werde. Die Revisionsstelle könne letztlich ein solches "Ungemach" wie das vorgefallene nicht verhindern. Der Gemeinderat werde die Empfehlungen aufbereiten und zu jedem einzelnen Punkt Stellung nehmen.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, fragt sich, warum die GPK die Empfehlung ausspreche, nach interner Prüfung die Bauleitung extern zu vergeben. Sollte hier nicht aber auch die ganze Projektleitung überprüft und extern vergeben werden?

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, nimmt die Anregung gerne auf. Gleichzeitig weist er aber darauf hin, dass es immer eine Diskussion gebe, was günstiger sei. Zusammen mit den Hauptabteilungsleitern Hochbau, resp. Tiefbau werde man das weitere Vorgehen besprechen.

Seite 28 Indiskretionen

Keine Wortmeldungen

Seite 29 Dank

**Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, dankt dem Plenum für die würdige Diskussion heute abend. Die Art und Weise der Behandlung des Geschäftes sei nicht verletzend gewesen. Als Hauptbetroffener möchte er dem Plenum an dieser Stelle sagen, dass es ihm sehr leid tue, dass er, Paul Schüpbach, Fehler gemacht habe. Er bedaure dies sehr. Dank spricht er auch den Damen und Herren der GPK aus, welche eine enorme Arbeit geleistet hätten. Die Ansprüche und Erwartungen an die Untersuchung seien erfüllt worden. Dank spricht er auch dem Gemeinderat und der Verwaltung aus, welche eine grosse Arbeit geleistet haben, um die Grundlagen der weiteren Untersuchungen zu erstellen. Er verzichtet auf die Nennung einzelner Personen, ausser Andres Linder, HAL Tiefbau/Umwelt. Der neue Hauptabteilungsleiter habe sich als erstes in dieses Geschäft einarbeiten müssen. Weiter dankt er den Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat. Sie hätten sehr viele Stunden aufgewendet, um das Problem zu durchleuchten und anzugehen. Es seien Lösungen gefunden worden und er hoffe, dass dies auch für künftige Projekte von Nutzen sei. Er hofft, dass man nun einen Schlussstrich ziehen könne, damit sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin sich nicht mehr damit beschäftigen müsse, sondern mit grosser Freude Politik betreiben könne. Dies habe er in den letzten fünf Jahren auch zum grossen Teil erleben dürfen.

Keine weiteren Wortmeldungen

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, erläutert nochmals, dass die Anträge 3 und 4 des GPK-Berichtes nicht zur Abstimmung gelangen. Dies weil der GPK-Präsident sie zurückgezogen habe und die Anträge ohnehin durch den Rücktritt von Paul Schüpbach hinfällig geworden seien.

Über die Anträge 1 und 2 des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission wird wie folgt abgestimmt:

://:

1. Vom vorliegenden Bericht wird **mit grossem Mehr** Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag des Einwohnerrates an die GPK zur Überprüfung des Geschäfts Friedhoferweiterung vom 16. Juni 2004 wird **mit grossem Mehr** als erfüllt beschrieben.

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, weist daraufhin, dass Gemeinderat Paul Schüpbach an der Juni-Sitzung nicht teilnehmen werde. Dies habe Gemeinderat Paul Schüpbach ihm aber schon vor längerer Zeit mitgeteilt und sei beruflich bedingt. An dieser Stelle dankt Dr. Ivo Corvini, Präsident, Gemeinderat Paul Schüpbach für seine geleistete Arbeit in den letzten fünf Jahren. Paul Schüpbach sei wohl einer der wenigen gewesen, der sich als Gemeinde- und als Landrat aber auch privat mit einem sehr grossen Wirken für die Gemeinde Allschwil eingesetzt habe. Nach Ansicht von Dr. Ivo Corvini hätte Paul Schüpbach einen "würdigeren Abgang" aus dem Gemeinderat verdient. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und hofft, dass sich Paul Schüpbach auch weiterhin auf die eine oder andere Art und Weise für die Gemeinde Allschwil einsetzen werde.

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, verabschiedet das Plenum und weist darauf hin, dass die nächste Einwohnerratssitzung am Dienstag, 21. Juni 2005, und am Mittwoch, 22. Juni 2005 stattfindet.